

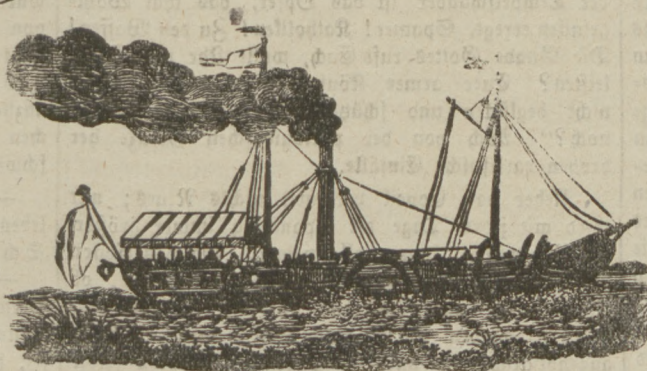
Danziger Dampfboot.

N^o. 49.

Montag, den 28. Februar.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse Nr. 3, wie auswärts bei allen Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Diesige auch pro Monat 10 Sgr.



1870.

41ster Jahrgang.

Inserate, pro Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen wir uns außerhalb an: In Berlin: Metemeyer's Centr.-Büro, u. Annonc.-Bureau, Rudolf Mosse.

In Leipzig: Eugen Fort. — S. Engler's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankfurt a. M., Köln a. R., Berlin, Stuttgart, Leipzig, Basel, Breslau, Zürich, Wien, Genf u. St. Gallen: Haasenstein & Vogler.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Der Abonnementspreis für das Danziger Dampfboot pro März beträgt 10 Sgr. Auswärtige wollen den Betrag incl. Postprovision mit 15 Sgr. direct an unsere Expedition franco einsenden.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Sonnabend 26. Februar.

Der montenegrinische Grenzstreit wird, wie verlautet, durch eine, aus den Consuln der Großmächte zusammengesetzte Localcommission entschieden werden. — Die Meldung der „Liberté“, der Erzherzog Albrecht habe bei seiner Pariser Reise eine politische Mission, wird in unterrichteten Kreisen für vollständig erfunden bezeichnet.

Athen, Sonnabend 26. Februar.

Von kompetenter Seite werden alle ausgestreuten Nachrichten, welche die Position der königlichen Familie als erschüttert darstellen, als tendenziöse Erfindungen bezeichnet.

Paris, Sonnabend 26. Februar.

Die „Agence Havas“ schreibt: Gegenüber den Behauptungen gewisser Journale kann versichert werden, daß zwischen den Ministern einerseits und dem Kaiser andererseits, sowie zwischen den einzelnen Ministern vollständige Uebereinstimmung herrscht.

— In einer heute stattgehabten Commissionsitzung kündigte der Minister des Innern, Chevandier de Valdrôme, für die erste Sitzung des gesetzgebenden Körpers nach dem Wiederzusammentritt desselben die Vorlage von neuen Wahl- und Municipalgesetzen an.

London, Sonnabend 26. Februar.

Der Herzog von Richmond hat die von der conservativen Partei des Oberhauses ihm angebotene Führerschaft angenommen. — Der Budgetüberschuß wird über 4 Millionen betragen.

New-York, Freitag 25. Februar.

Aus Galveston (Texas) wird eine große Feuersbrunst gemeldet. Der Schaden wird auf 1 Million Dollars geschätzt.

Politische Rundschau.

Aus dem bisherigen Geschäftsgange im Reichstage schöpft man die Hoffnung, derselbe werde mit dem Zollparlament die Geschäfte bis zur zweiten Woche des Mai abwickeln, so daß gleich darauf die außerordentliche Landtagssession würde einberufen werden können.

Die große Debatte, welche am Donnerstag über die Frage des Eintritts Badens in den Norddeutschen Bund im Reichstage geführt wurde, wird noch auf längere Zeit hinaus das In- und Ausland beschäftigen, denn sie führte die auf verschlungenen Wegen gehende Bundespolitik gewissermaßen auf einen freien Platz, auf welchem die öffentliche Meinung derselben endlich einmal wieder deutlicher in's Antlitz schauen konnte. Diese Klarstellung der Sachlage ist das beste Ergebnis jener Discussion, und dasselbe zu erreichen, darauf allein kam es den Abgeordneten, welche den Gegenstand zur Sprache brachten, an. Wenn die unnötige Aufwallung des Grafen Bismarck, welche bei seinem cholericen Temperament in solchen Tagen nie ausbleibt, sich gelegt haben wird, dann wird auch er wohl der Ueberzeugung sich nicht verschließen können, daß die Deutsche Nation ein Recht hat, über die Angelegenheiten, in denen ihr Wohl und Wehe liegt, orientirt zu werden, daß sie

das Recht hat, von ihrem Führer zu erfahren, wohin der Weg gehen soll und was denn daran hindert, die Bahn einzuschlagen, welche uns am nächsten zum Ziele zu führen scheint. Eine nationale Politik, wie die Deutsche, welche ganz Europa aus den Angeln hebt und der Welt einen andern Schwerpunkt giebt, läßt sich nicht allein auf zünftigen Wegen verfolgen, obwohl wir anderseits weit entfernt davon sind, zu bestreiten, daß der zünftige Diplomat hier nicht auch eine außerordentlich große Bedeutung hat. Aber beides, Volks- und Cabinetpolitik, muß hier Hand in Hand gehen und es muß festes gegenseitiges Vertrauen obwalten, so daß nicht etwa Schwierigkeiten sich erheben und Mißverständnisse Platz greifen zwischen denen, welche aufeinander angewiesen sind und wie Blutsverschworene zu einander halten müssen. Dieses unbedingte Vertrauen ist aber leider nicht in dem erwünschten Grade vorhanden und daran trägt der Bundeskanzler selbst die Schuld. Wir müssen da immer wieder vor allem auf seine innere Politik zurückgreifen, welche von der nationalen nicht getrennt werden kann, da sie auf diese eine beständige und dabei die allerkräftigste Rückwirkung übt. Wer auf der einen Seite es mit einem Systeme hält, von welchem die Intelligenz der Deutschen Nation sich durchaus abwendet, der kann auf der andern Seite nicht verlangen, daß die letztere seiner Führung blindlings folge. Die öffentliche Meinung wird immer wieder schwankend und sucht immer auf's Neue das Bedürfnis, sich darüber klar zu werden, ob sie auch nicht irre gehe. Der Reichstag hat, wie wir glauben, wohl daran gethan, dem Grafen Bismarck kein Mißtrauensvotum zu geben, aber der letztere sollte sich dadurch nicht abhalten lassen, die Frage sorgfältig zu untersuchen, was denn der Grund dieser regelmäßig wiederkehrenden Aufbaumungen der öffentlichen Meinung sei; er wird dann vielleicht zu der Erkenntniß gelangen, daß dieser Grund darin liegt, daß seine Politik mit dem Sinnen und Denken der Nation zu wenig im Contact steht. Der Bundeskanzler hat sich am Donnerstag keineswegs so ausgesprochen, daß die nationale Partei ihm einen Scheidebrief schreiben müßte. Er hat sich im Gegentheile das Feld frei gehalten, und den Ausgang seiner Mission wird Niemand mit Sicherheit vorher übersehen können. Möglicherweise (und er selbst scheint dies in seiner Antwort auf Wiquel's Rede anzudeuten), daß sein Programm auch jetzt noch so entwicklungsfähig ist, wie das ehemalige Schleswig-Holsteinische, welches mit der Personalunion begann und mit der Annexion endigte. Sollte diese Entwicklungsfähigkeit aber nicht vorhanden sein, dann wird schließlich allerdings ein dauernder Zwiespalt zwischen der nationalen Partei und dem Grafen Bismarck nicht ausbleiben, denn das Ziel der deutschen Nation ist der Einheitsstaat mit Erhaltung aller statthaftern provinziellen Selbstbestimmung, nicht aber der Bundesstaat, mögen in diesem die Kronen der Einzelstaaten auch den größten Theil ihrer Rechte auf die Centralgewalt abgeben. Denn auch hier gilt, und sicherlich in noch höherem Maße das Wort, welches der Bundeskanzler einmal vor den Bundesministern sprach, daß der Titel Ansprüche hervorruft, welche in der Stellung nicht begründet sind. Oberpräsidenten können wir an der Spitze der Provinzen des Deutschen Kaiser- oder Königreichs (wie es sich nun einst nennen wird) gebrauchen, aber nicht Großherzoge und Könige! Doch das ist eine Frage, deren Entscheidung erst der Zukunft anheim gegeben werden muß. —

Es wird wenig unbefangene Beurtheiler geben, die sich nicht sagen, daß die politische Debatte, welche im Reichstage an den badischen Jurisdictionsvertrag geknüpft wurde, einen unerfreulichen Ausgang genommen hat. Eine Verhandlung über auswärtige Politik in einer Körperschaft von so hervorragender Stellung, wie der Reichstag sie einnimmt, ist immer eine bedeutungsvolle Sache, welche sehr sorgfältig vorbereitet sein muß. Diese Vorbereitung muß sich nach zwei Richtungen erstrecken. So lange die Mehrheit des Reichstags mit dem Grafen Bismarck zusammengehen will, so lange sie glaubt, ihm als Führer in der äußeren Politik folgen zu müssen, so lange thut sie wohl, brennende Fragen der deutschen Politik nur dann zu berühren, wenn sie seines Einverständnisses sich vorher versichert hat. Ist dagegen das Vertrauen auf diese Führung erschüttert oder hat es so weit nachgelassen, daß man glaubt, auch gegen den Willen des Bundeskanzlers Discussionen veranlassen, in bedeutenden Fragen vorwärts drängen, der Stimme der Nation dem Zögern und Stillstehen der Bundesgewalt gegenüber Ausdruck geben zu müssen, dann ist die erste Bedingung, daß man sich im Reichstage selbst eine entscheidende Mehrheit verschafft, daß alle Parteien, so weit sie irgendwie dem nationalen Gedanken dienen, sich zur gemeinsamen Operation zusammenschließen und daß diese Operation erst begonnen wird, wenn ein solches Bündniß gewiß ist. Der Fehler der politischen Debatte am Donnerstag war, daß man weder der einen noch der andern Regel sich gefügt hatte. Graf Bismarck erklärte, daß ihm die Verhandlung höchst unerwünscht sei, daß sie ihn zu Erklärungen zwingt, welche er lieber verschwiegen hätte, er fand in dem Vorgehen ein Mißtrauensvotum gegen seine Einsicht. Wie wenig ein solches auch beabsichtigt sein mochte, — das Resultat war doch, daß die nationalalliberale Partei und der Bundeskanzler mit ihren Anschauungen in entschiedenem Gegensatz geriethen. Im Reichstage selbst aber stand die Partei mit der Fassung ihrer Resolutionen allein. Die Fortschrittspartei sprach gegen sie, die Conservativen natürlich auch und die Freiconservativen stellten Amendements. Ein jeder hatte andere Gründe, weshalb er eine Erklärung über den Anschluß Badens nicht für opportun hielt. So endete die Verhandlung damit, daß die Resolutionen zurückgezogen werden mußten, und die einzigen, welche die Sitzung mit einem Gefühl des Behagens verließen, waren die Particularisten.

Wir unterlassen es, die nahe liegenden Nutzenwendungen aus diesem Verlaufe zu ziehen, und beleuchten noch einen Augenblick die schwer wiegende Erklärung des Grafen Bismarck und seine Gründe für dieselbe. Wir wissen es also jetzt, wenn von Karlsruhe gegenwärtig ein Antrag auf Aufnahme in den Bund käme, so würde Graf Bismarck „im Interesse des Bundes und Badens“ sagen: rebus sic stantibus muß ich den Antrag ablehnen, ich werde Euch aber den Zeitpunkt bezeichnen, wo uns Eure Aufnahme im Gesamtinteresse Deutschlands angemessen erscheint.“ Wir würden in dieser Klarstellung der Situation einen Erfolg sehen, wenn wir nur weiter folgern könnten. Also Graf Bismarck lehnt für den Augenblick die äußere Fortführung des deutschen Einheitswerkes auf dem jetzt allein möglichen Wege ab; er beschränkt sich auf die Conservirung dessen, was gewonnen ist, folglich muß eine andere Kraft an seine Stelle treten, welche den Faden da aufnimmt, wo er ihn ermüdet fallen läßt. Aber wir können nicht so folgern, weil wir diese andere Kraft

vorläufig wenigstens nicht haben. Der Schöpfer der Politik von 1866, mag er uns gefallen, mag er uns mißfallen, ist vor der Hand noch der einzige Mann, der das persönliche Gewicht, die europäische Autorität besitzt, um die deutsche Politik in dem heutigen Stadium fortzuführen.

Indem wir dies offen bekennen und dabei gewiß sind, die laute oder stille Uebergewinnung der meisten nachdenkenden Köpfe für uns zu haben, sind wir übrigens weit davon entfernt, die Gründe zu acceptiren, welche Graf Bismarck gegen die Aufnahme Badens vorbrachte. Sein Grundgedanke war: Baden ist der nationalen Einigung förderlicher, wenn es als Freund für uns im süddeutschen Lager wirkt, als wenn es Bestandtheil des Bundes und von diesem Lager abgetrennt wird. Ich will, meint der Bundeskanzler, den Militärposten nicht abschaffen und das Uebrige sauer werden lassen. Hätte man 1866, was man ja gekonnt hätte, die verhältnißmäßig national gesinnten Elemente Baierns, z. B. die drei Franken von Altbaiern abgetrennt und daraus ein besonderes Reich gemacht, so wäre der Altbairische Rest für die Deutsche Entwicklung verloren gewesen. Also Baden soll als Ferment in dem süddeutschen Gährungsproceß wirken. Aber dieser Gedanke ist schief, weil Baden eben nicht eine Provinz von Baiern und Württemberg, sondern ein selbstständiger Staat ist, und weil gerade in Süddeutschland die Grenzen der Staaten zugleich die Grenzen des politischen Austausch und der politischen Wechselwirkung sind. Jeder dieser Staaten entwickelt sich isolirt und ist gegen den andern wie mit einer Eichenen Mauer umgeben. Die bairischen Parteien allüren sich nicht mit den Württembergischen, die Württembergischen kümmern sich nur ausnahmsweise um die Badener. Noch einen andern Gedanken deutete Graf Bismarck an: die Aufnahme Badens würde uns hindern, 1877 die übrigen Südstaaten des Zollvereins zu umfassen, sie würden wenigstens an einen solchen Vorstoß bei uns nicht mehr glauben. Auch diesem Gesichtspunkte können wir nicht folgen. Der Handel Badens nach Württemberg hin ist nicht der Mühe werth, es könnte die Zollströmung nach seiner Obergrenze hin ertragen, und der Bund könnte leicht die größeren Zollbewachungsstellen des schmalen und lang hingestreckten Landes auf sich nehmen. Niemals aber könnten Württemberg und Baden die Ausscheidung aus einer Wirtschaftsgemeinschaft ertragen, welche ihnen den Norden und nach Aufnahme Badens auch den Westen verschloße. Von der Bestimmung, welche Badens Einverleibung in Stuttgart und München hervorgerufen könnte, reden wir nicht. Wenn die Vermehrung der Pressen so weit getrieben werden soll, daß man selbst jedem Anlaß zur Bestimmung aus dem Wege geht, dann allerdings kann noch mehr als ein Menschenalter hingehen, ehe Nord und Süd sich die Hände reichen. Wir möchten annehmen, daß Graf Bismarck die wahren Gründe über sein politisches Verhalten überhaupt nicht demaskirt hat; sie liegen vielleicht in der Besorgniß, daß die heutige Bundesverfassung nicht geschlossen und einheitlich genug sei, um außer Sachsen noch zwei Rheinlands-Kronen in sich aufzunehmen.

Die vergangene Woche war eine für die Geschichte des Parlamentarismus sowohl in Deutschland wie in Frankreich sehr bedeutsame. An demselben Tage, an welchem Graf Bismarck der national-liberalen Partei, welche sich doch so gern als die einzige Stütze der deutschen Politik des Bundeskanzlers hinstellte, den Fehdehandschuh hinwarf, stimmte in Paris — zum ersten Mal seit dem Bestande des Kaiserreichs — die Linke für das Ministerium, und liesserte das Cabinet Olivier der Rechten den Beweis, daß diese ebenso wenig die Mehrheit der Kammer bildet, als sie jene des Landes vorstellt. Auf der andern Seite hat das Cabinet die Uebergewinnung gewonnen, daß, wenn es seinem Programme treu bleibt, es auf die Unterstützung aller liberalen Elemente in der Kammer zählen kann. Dem Hofe gegenüber wird Olivier diesen Umstand im Interesse des parlamentarischen Regimes geltend zu machen wissen.

Der vor kurzem beabsichtigte carlistische Putsch, welcher durch die Vorsicht der französischen Behörden verhindert wurde, hat Prim veranlaßt, Maßregeln zu treffen, um sich nicht unvorbereitet einem neuen Aufstande gegenüber zu sehen; die militärische Besatzung von Burgos, Vitoria und Pamplona ist bedeutend verstärkt worden. Den Feldzugsplan im Norden hat er mit mehreren Generalen für den Fall, daß die Carlisten in einiger Stärke auftreten sollten, schon ausgearbeitet. Wahrscheinlich werden fliegende Colonnen ins Feld geschickt werden. Es gibt das Gerücht, daß mehrere höhere Offiziere in Madrid für den Präsidenten gewonnen seien. Bei der völligen Aus-

sichtslosigkeit der carlistischen Sache würde diese Angabe kaum glaubwürdig erscheinen, wenn nicht Fälle ähnlicher Art in Fülle vorlägen. An Flugschriften, welche sie über das ganze Land hin vertheilten, lassen die Carlisten es nicht fehlen. Zu ihrer Kennzeichnung diene folgende Stelle aus einem dieser Aufrufe: „Gott ist ein Geist und hat sich im Könige einen Abglanz seiner unsichtbaren Herrlichkeit geschaffen. Der König, unser geliebter Carlos VII., ist also an und für sich anbetungswürdig; allein er verzichtet auf Eure göttliche Verehrung, er will nur Eure Liebe. Wahrlich, ich sage Euch, das vergossene Blut der Tempelschänder ist das Opfer, das ihm Wohlgefallen erregt. Spanier! Katholiken! Zu den Waffen! Die Gnade Gottes ruft Euch, wollt Ihr nicht Folge leisten? Euer armer König weint, daß er Euch nicht beglücken und schützen kann, und Ihr zögert noch?“ Auch von der portugiesischen Grenze her drohen carlistische Einfälle.

Ueber das Concil verlautet nichts Neues; nur wird mit jedem Tage die Spannung immer größer, die Ungewißheit immer allgemeiner. Ob das Concil vertagt oder geschlossen werden soll, und wann, ob Unfehlbarkeit und Syllabus vor die Versammlung gebracht werden sollen oder nicht, darüber scheint augenblicklich nicht nur das Publikum, sondern selbst jeder Bischof das Recht zu haben, zu denken und zu vermuthen wie er will. Hört man die Freunde der Unfehlbarkeit, so ist nicht zu bezweifeln, daß mit Nächstem ihr Lieblingsproject kommen, sehen und steigen wird. Hört man Herren von der Minorität, so wäre der ganze Plan bereits abgesetzt, und in diesem Falle glaubt Niemand, daß die Curie die Väter noch lange in Rom halten oder gar im nächsten Winter zurückrufen werde.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 28. Februar.

— Laut Telegramm vom 24. d. M. ist S. M. Brigg „Kover“ in Lissabon angekommen.

— Ueber den Umfang der diesjährigen Beurteilungen in der Armee, verlautet bis jetzt, daß zum 1. October bei der gesammten Cavallerie je drei Gemeine per Escadron und bei der Artillerie je zwei Kanoniere per Fußbatterie zur Disposition ihrer Truppentheile zur Entlassung kommen sollen. Außerdem wird ein früherer Entlassungstermin der Reservisten in Aussicht gestellt, wozegen für die Ersatzmannschaften, bei den verschiedenen Waffen die vorjährigen Entlassungstermine als maßgebend festgesetzt sind.

— Gestern früh ist eine um das geistige wie körperliche Wohl der Kinder armer Familien Danzigs hochverdiente Frau, die Wittwe des Directors Pöschin, nach einem 20tägigen, fast schmerzlosen Krankenlager sanft entschlafen. Am nächsten Freitage wird ihre irdische Hülle neben der ihres Gatten auf dem Kirchhofe in Odra zur Erde bestattet.

— Mit dem Beginne des Sommer-Semesters wird hier selbst eine neue höhere Knaben-Privatschule eröffnet und dadurch den Wünschen gewiß vieler Eltern entsprochen werden, die ihre Söhne nicht die unteren und mittleren Klassen unserer höheren Lehranstalten, welche meistens überfüllt sind, besuchen lassen wollen. Die neue Anstalt wird zugleich eine bis jetzt hier fehlende Vorbereitungs-schule für die höheren Klassen der Kadetten-Anstalten verhalten, und die besonders im Französischen, in der Geschichte und Geographie auf den Lehrplan der Kadetten-Anstalten Rücksicht nehmen. Die Unterlehrer dieser empfehlenswerthen Privatschule sind die Herren Prediger Weiß und Dr. Hesse, zwei bewährte Pädagogen, welche mehrere Jahre an höheren Lehranstalten mit Erfolg gewirkt haben; außer ihnen sind mehrere Fachlehrer hiesiger Lehranstalten und ein Lehrer dauernd gewonnen, der mit dem Lehrpläne der Kadetten-Anstalten vollständig vertraut ist, da er selbst Lehrer an einer solchen Anstalt längere Zeit gewesen. Das Schulkloster ist sehr passend am Vorstädt. Graben gewählt, damit in vorzukommenden Fällen die älteren Brüder, welche das Gymnasium, die Petri- oder Gewerbeschule besuchen, ihre jüngeren Geschwister zur neuen Privatschule mitnehmen können. Dieselbe hat geräumige freundliche Zimmer, einen Spielplatz und genügt vollkommen den Anforderungen der Jetztzeit. Es soll keine Klasse mehr als 35 Schüler aufnehmen, und dabei gewähren die Zimmer noch hinreichenden Raum für den Besuch der Eltern während der Lehrstunden, da ein solcher von den Lehrern der Anstalt gewünscht wird, um ein Band zwischen der Schule und dem Elternhaus herzustellen. Der Unterricht wird im Sommer meistens nur Vormittags stattfinden, damit der Nachmittag den Kindern für körperliche Ausbildung bleibe und die

Eltern auch ihre Knaben bei Spaziergängen mitnehmen können. — Einige Arbeitsstunden werden von den Lehrern unentgeltlich geleistet werden und halbjährlich sollen öffentliche Prüfungen stattfinden. — Die Ferienzeit, der Lehrplan und das Schulgeld ist wie in den hiesigen höheren Lehranstalten festgesetzt. Wir glauben ganz gewiß, daß dieses Unternehmen in den besseren Ständen großen Anklang finden wird. Namentlich dürfte sich die Anstalt für Offiziers-Söhne eignen, die, wie ihre Väter, die Militär-Carrière einschlagen wollen.

— In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts wurden 1) der Padebriestträger August Schlopies von hier, welcher des wissentlichen Meineides angeklagt ist, freigesprochen; 2) der Rentenbauersohn Kaver Labudda aus Püsdromo, welcher der Vornahme unzüchtiger Handlungen mit einem 3jährigen Mädchen angeklagt ist, auf Grund des Verdachts der Geschworenen zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

— Der im Mathäus'schen Raubdiebstahlproceß zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilte Arbeiter Schumde ist im Zuchthause zu Rewe gestorben.

— In den landwirtschaftlichen Kreisen der Provinz Preußen, besonders in denjenigen der katholischen Districte, wird die Frage, ob es nicht wünschenswerth sei, die katholischen Wochenfeiertage auf die Sonntage zu verlegen, eingehend verhandelt. In einem desfallsigen Berichte an den Landwirtschaftsminister wird gesagt, daß ein bedeutendes Capital an Arbeitskraft durch Feiertage der Provinz verloren gehe, wo die Provinz ohnehin schon wegen ihrer kürzeren Ackerbestellungszeit eine größere Zahl von menschlichen und thierischen Arbeitskräften zu ernähren habe. Bei einer Bevölkerung der Provinz mit 850,000 Einwohnern katholischer Confession und der Annahme, daß nur der vierte Theil dieser Zahl productiv thätig sei, ergebe dies, einen jährlichen Arbeitsverlust von 2,125,000 Arbeitstagen oder den Tagelohn zu 10 Sgr. angenommen, einen jährlichen Geldverlust von 708,000 Thlrn. Der Minister wird daher gebeten, die Frage in Erwägung zu ziehen und geeigneten Orts zu vertreten. Der Minister ist dem Antrage bereits nachgekommen. Dieselbe Frage wird auch in der Provinz Posen lebhaft besprochen, und der deutsche landwirtschaftliche Verein des Schildberger Kreises hat die Bitte dargelegt: bei dem Erzbischof zu beantragen, daß er die Marien- und ähnliche Feiertage, insofern sie auf Wochentage fallen, auf Sonntage verlege. Der Oberpräsident hat sich bereits mit dem Erzbischof in Verbindung gesetzt, um die Einrichtung herbeizuführen, daß wenigstens die in die Erntezeit fallenden kirchlichen Feste auf Sonntage verlegt werden. Eine solche Verlegung ist nicht ohne Präcedenz. In der Provinz Schlesien werden seit vielen Jahren von dem Fürstbischof alle auf Wochentage fallende Marien- und andere ähnliche Feiertage auf Sonntage verlegt.

— Wie man erfährt, befindet sich „das Schliewener Kind“, welches jetzt über 1 Jahr alt ist, ganz wohl und entwickelt sich körperlich und geistig sehr gut. Die Geschwulst, welche so bedeutend gewachsen ist, daß sie bis zu den Kniekehlen herabhängt, belästigt das Kind nicht. Die Bewegungen in der Geschwulst dauern fort.

— Unter den ungebildeten Landbewohnern der Kreise Neustadt und Carthaus herrscht der Aberglaube, daß ein Bampyr den Leichen das Blut aussaugt und dies nur dadurch zu verhindern sei, wenn der Leiche der Kopf abgeschlagen und ihr zu Füßen gelegt werde. Es ist öfters vorgekommen, daß zur Nachtzeit die Gräber geöffnet worden und die Leichenshandlung in der angeführten Art vorgenommen worden ist. Ganz kürzlich wurde in gleicher Weise die Leiche des Gutsantheilsbesizers Pobjokti in Randzyno Kreises Neustadt geschändet. Mit derselben Kartoffelhacke, mit welcher der ermittelte Thäter das Grab geöffnet, hatte er auch der Leiche den Kopf abgeschlagen.

— Die „Dsp. Btg.“ schreibt: Wie uns aus Zoppot berichtet wird, sind neuerdings eine Anzahl der 3800 Fässer, welche die Ladung des im Herbst im Hafen von Neufahrwasser in Brand gerathenen und darauf gesunkenen englischen Schiffes ausmachten und mit Petroleum gefüllt sein sollten, herausgeholt, wobei es sich mit Bestimmtheit herausgestellt haben soll, daß sie sämmtlich statt Petroleum Süßwasser enthielten. Ein gleiches ist auch mit der Petroleumladung des um dieselbe Zeit bei Hela gestrandeten Schiffes der Fall, von der auch viele Fässer an Land gebracht sind, die alle Süßwasser enthielten. Da beide Schiffe von einem und demselben englischen Hause geladen haben und die Petroleumfässer alle gleicher Qualität und Signatur sind, so schiebt vorläufig ein Kapitän dem andern die eventuellen Ungehörigkeiten in die Schuhe. Die Untersuchung soll im vollen Gange sein.

